

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2023

Kreistagssitzung Freitag, 11. November 2022

*Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Stolz,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!*

Um es gleich vorwegzunehmen:

Wir sprechen Ihnen, Herr Kreiskämmerer Stolz und den Damen und Herren des Finanzdezernats für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2023 ein großes Lob aus.

Ein Lob für die gute, übersichtliche Darstellung der Zahlen und für die ergänzenden Erläuterungen..

Sie haben uns aufgezeigt, welche enormen, nicht abschätzbaren Risiken der Haushaltsentwurf enthält, die, wenn sie eintreten, das gesamte Planwerk zu Makulatur werden lassen.

Ich weiß nicht wie Sie es sehen, meine Damen und Herren, aber allein das Haushaltsgebaren auf Bundesebene lässt nichts Gutes erwarten.

Trotz Schuldenbremse werden Verbindlichkeiten unerschrocken und in unvorstellbarer Höhe aufgenommen, die uns Bürgerinnen und Bürger nur noch staunen lässt.

Dabei wird ein Sprachgebrauch gewählt, der von den Fakten offensichtlich ablenken soll. „Sondervermögen“ heißt das Zauberwort, wobei von „Vermögen“ wohl kaum gesprochen werden kann.

Geld das real nicht erwirtschaftet wurde muss her, um Maßnahmen zu finanzieren, die der „normale“ Staatshaushalt nicht finanzieren kann.

Dass diese Verbindlichkeiten verzinst und auch wieder zurückgezahlt werden müssen, dürfte jedem klar sein.

Es ist nicht absehbar, und schon gar nicht abschätzbar, welche Folgen dieses Finanzgebaren in den nächsten Jahren, vor allem angesichts steigender Zinsen haben wird.

Wir tun gut daran, mit erheblichen Auswirkungen auf unsere Kommunalfinanzen zu rechnen. Es ist zu befürchten, dass die bislang zur Verfügung stehenden Mittel im bisher gewohnten Umfang wohl nicht mehr zugewiesen werden können.

Würden wir uns ein Beispiel am Handeln des Bundes nehmen, müssten wir uns tatsächlich überlegen, ein eigenes „Sondervermögen Klinikneubau“ zu bilden.

Wir haben, zunächst etwas ungläubig, zur Kenntnis genommen, dass von der Verwaltung im aktuellen Planentwurf keine Erhöhung der Kreisumlage vorgeschlagen wird.

Die in den letzten Jahren mit erheblichen Überschüssen gestiegene Ergebnisrücklage wird zum Ausgleich des Fehlbetrags in Anspruch genommen.

Wir halten dies für vertretbar und gerechtfertigt, haben wir doch ständig und immer wieder darauf hingewiesen, dass die bisherigen Kreisumlagehebesätze, zu hoch angesetzt waren, und die Städte und Gemeinden letztendlich zur sehr guten Ausstattung der Ergebnisrücklage beigetragen haben.

Wenn durch die nun vorgesehene Rücklagen-Entnahme der Haushaltsausgleich auch ohne Kreisumlageerhöhung möglich ist, so geschieht das auch im Sinne einer Rücksichtnahme auf die ohnehin schon angespannten Haushalte der Städte und Gemeinden.

Ein Hinweis sei mir an dieser Stelle gestattet:

Würden wir das lange angestrebte und von der Geschäftsführung der KaE in Aussicht gestellte, ausgeglichene Ergebnis bei unseren Kreiskliniken auch nur annähernd erreichen, könnte der Blick auf unsere Kreisfinanzen um einiges entspannter ausfallen.

Mit Rücksicht auf die schwierige Personalsituation, in der sich die Landkreisverwaltung befindet, halten wir uns in diesem Jahr mit Anträgen zurück.

Das darf jedoch keinesfalls zu dem Schluss führen, uns würde nichts einfallen. Ganz im Gegenteil.

Die nach wie vor feststellbare „Sprachlosigkeit“ im oberen Filstal und in der dortigen Raumschaft, speziell in Geislingen, macht uns Sorge.

Wir können die tiefe Enttäuschung der Bevölkerung, (die auch in den dortigen kommunalen Gremien vorherrscht), über den Beschluss zur Umwandlung der Helfensteinklinik und zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in Geislingen, mit der Folge des Verzichts auf die stationäre Versorgung in der Helfensteinklinik, nachvollziehen.

Jetzt gilt es, die Kräfte zu bündeln, das ambulante Angebot zu stärken, auszubauen und miteinander Lösungen zu finden, die passgenau und zukunftsweisend sind.

Die Sicherung und der Ausbau der medizinischen Versorgung am Patienten ist nach unserer Einschätzung das vorherrschende und zentrale Thema in der Bevölkerung.

Dem gilt es Rechnung zu tragen.

*Noch sind wenig konkrete Schritte und Ergebnisse im Hinblick auf die
Nachnutzung der HKG getan bzw. erreicht.*

*Die sind jedoch notwendig, um die nach wie vor angespannte Stimmung in der
Raumschaft zu lockern.*

*Anregungen und Vorschläge für ein breitgefächertes Gesundheitsspektrum
sind vorhanden. Jetzt gilt es, ohne Zeitverlust an die Umsetzung und
Realisierung zu gehen.*

*Unsere dringende Bitte, unser Appell ist, baldmöglichst eine kommunikative
Ebene zu betreten, Gespräche zu führen, bei und mit denen es gelingt,
Vertrauen (wieder) aufzubauen und gemeinsam zu versuchen, die
Geschlossenheit der kommunalen Familie wiederherzustellen.*

Der Neubau der Klinik am Eichert macht erfreuliche Fortschritte.

*Eine „Nachjustierung“ bei den Baukosten war zwar erforderlich, was aber, so
unser Eindruck, der allgemein positiven Erwartungshaltung, bald ein
hochmodernes Klinikum in Betrieb nehmen zu können, keinen Abbruch tat.*

*Getrübt wird der Blick auf die Alb-Fils-Kliniken allerdings, wenn man die
wirtschaftliche Entwicklung betrachtet. Uns wurden sinkende Fehlbeträge in
Aussicht gestellt, die wohl oder übel (und realistisch betrachtet) so schnell nicht
zu erreichen sind.*

Im Gegenteil.

*Wir haben uns, zumindest in den nächsten Jahren, auf weitere
Fehlbeträge einzustellen, die der Landkreis abzudecken hat.*

*Trotz erheblicher Zweifel hoffen wir sehr, dass nach Inbetriebnahme des
Neubaus eine Trendwende eintritt.*

*Wir wissen die klinische Versorgung unserer Bevölkerung in besten Händen.
Für ihre Arbeit und ihren Einsatz, gerade auch in Zeiten der Pandemie (die
hoffentlich zu einer Endemie wird), sagen wir Ärzten und dem Pflegepersonal,
aber auch der Geschäftsleitung und der Administration der Klinik herzlichen
Dank.*

*Die Ziele des Bundesteilhabegesetzes für mehr Teilhabe und
Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen sind zweifellos sehr
lobenswert und ideal formuliert.*

*Ein Blick in die Ausführungsvorschriften zeigt jedoch überdeutlich, dass von
Berlin aus, die Bugwellen der Bürokratie ungebremst und ungebrochen auf die
Kreise und Kommunen zurollen.*

Beispiel gefällig?

*Für einen einzelnen Teilhabeplan sind nach den Ausführungsvorschriften 40 –
50 Seiten zu erstellen!!!*

Das muss man einfach mal auf sich wirken lassen.

Die Bürokratie treibt tolle Blüten.

*Im Haushaltsentwurf 2023 ist die Eingliederungshilfe mit einem
Nettoressourcenbedarf von über 54,1 Mio. € der größte Brocken im
Sozialhaushalt.*

Gegenüber 2022 ist dies eine Kostensteigerung von fast 17%.
Lt. Vorbericht ist für den gesamten Bereich der Eingliederungshilfe eine „konservative“, also zurückhaltende Kostensteigerung vorgesehen. Es gibt Landkreise, die eine Steigerungsrate von bis zu 200% befürchten und von einer Verdoppelung beim Personalbedarf ausgehen.
Gleich welches Szenario eintritt, wir sehen (auch) bei der Eingliederungshilfe ein erhebliches Haushaltsrisiko.

Wir beantragen 1

Das Sozialdezernat berichtet nach Ablauf des ersten Quartals 2023 im Sozialausschuss über die Entwicklungen bei der Eingliederungshilfe, beschreibt die Risiken für 2023, beziffert diese konkret und stellt mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen dar.

Der Präsident des Landkreistagstages, Herr Landrat Joachim Walther, hat vor wenigen Wochen, zuletzt bei der Landkreisversammlung in Fellbach, an die Bundespolitik appelliert, zu erkennen, dass die erhöhten Geldleistungen an Flüchtlinge (bedingt durch den sogenannten Rechtskreiswechsel), den Staat, aber auch die Landkreise, Städte und Gemeinden überfordern.
In diesem Zusammenhang hat er von einem „Pull-Effekt“ gesprochen, der durch den Rechtskreiswechsel verursacht ist.
MP Kretschmann hat erkennen lassen, dass er für eine Rücknahme des Rechtskreiswechsels keine Chance sieht und auch keine Initiative beabsichtigt, die diese Regelung rückgängig macht..
Diese Position muss doch sehr verwundern, die im Klartext doch heißt:
„Wir erkennen die Folgen der Rechtsänderung, sind jedoch nicht bereit, diese zurückzunehmen.“
Ein in unseren Augen seltsames Politikverständnis, wenn trotz besseren Wissens, an einer „falschen“ Regelung festgehalten wird.
Jetzt wird in der Politik sogar darüber nachgedacht, die „erweiterten Regelungen“ auf alle Flüchtlinge und Asylsuchende auszudehnen.
Gemeindetag und Städte- und Gemeindebund sehen unlösbare Probleme, im Hinblick auf die Unterbringung der steigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden. „Wir sind kurz vor Land unter!!!“.
Dieser Hilferuf hat bislang noch zu keiner Reaktion geführt.

In vielen Bereichen steuern wir auf einen Krisenmodus zu oder befinden uns bereits mittendrin.
Die von Krieg und Politik ausgelöste Energiekrise kann sich nicht nur für die öffentlichen Haushalte, sondern auch für die Bevölkerung zu einer Finanzkrise entwickeln.

Abgesehen von den exorbitant steigenden Energiekosten, muss man befürchten, das Gas, Strom, Treibstoffe, Wasser, nicht mehr, bzw. nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Zumindest kann das nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Wir beschwören keinesfalls Horrorszenarien herauf, aber für den Krisenfall vorbereitet und gerüstet zu sein, ist sicher kein Fehler.

Wir beantragen 2

Die Landkreisverwaltung stellt dar, ob und wie der Landkreis auf mögliche Krisensituationen, bspw. bei einem längeren Stromausfall (Blackout) eingerichtet ist.

Dabei ist zum einen das gesamte Gebiet des Landkreises zu betrachten, zum anderen die kreiseigenen Einrichtungen.

Unser neues Sammel- und Gebührensystem im Bereich der Abfallwirtschaft, zeigt erfreulicherweise erste Erfolge.

Mit der deutlichen Reduzierung der Restmüllmenge und einer so nicht erwarteten Zunahme der zu entsorgenden Küchenabfälle, ist der Landkreis auf einem guten Weg.

Und mitten in die Erfolgsmeldungen platzt die Nachricht von der bevorstehenden Gebührenerhöhung.

Dass die Bevölkerung dafür kein Verständnis aufbringt, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Allerdings gehört zur ganzen Wahrheit auch, dass die Hintergründe und Ursachen zur Kenntnis genommen und bewertet werden.

Wie bei manchen anderen Themenbereichen auch muss festgestellt werden, dass viele Meinungsäußerungen z.B. in Form von Leserbriefen, ein gehöriges Maß an Unkenntnis und mangelndes Hintergrundwissen offenbaren, aber auch eine Respektlosigkeit vermitteln, die zunehmend unerträglich wird.

Wir gehen fest davon aus, dass der AWB mit einer verbesserten Kommunikationsstrategie, der Öffentlichkeit eine Detaildarstellung vorlegt, aus der die Notwendigkeit der Gebührenanpassung verständlich und nachvollziehbar hervorgeht.

Dass zuvor alle, aber auch wirklich alle gebührenentlastenden Maßnahmen geprüft und vorgeschlagen werden, ist für uns selbstverständlich.

Dass die Kosten für die Abfuhr und Entsorgung der blauen Beutel, gewaltig gestiegen sind, konnte bei der Diskussion zum neuen Abfallwirtschaftskonzept seinerzeit nicht vorhergesehen und schon gar nicht geahnt werden.

Wo wir, ergänzend zu den Vorschlägen des AWB, Möglichkeiten zur Kosteneinsparung sehen, ist bei der Abfuhr und Entsorgung des „Fallobstes“, das bei der Kompostierung dem Häckselgut beigemischt werden könnte und aufgrund seiner Konsistenz, zur Befeuchtung des Häckselmaterials und damit zur Beschleunigung des Kompostiervorgangs beitragen kann.

Bis zur Beschlussfassung über die Frage einer evtl. „Rekommunalisierung“ des MHKW, gibt es noch einige Fragen zu klären.

Dann ist das Für und auch das Wider abzuwägen und über den weiteren Weg zu entscheiden. Das wird nicht einfach sein und auch dabei werden, so ist zu erwarten, die Wogen hochgehen.

Im Dezember (2022) geht die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm in Betrieb. Zu diesem Zeitpunkt wird das Angebot an Fernzügen im Filstal erheblich ausgedünnt bzw. zum größten Teil entfallen.

Das war schon bei der vor Jahren getroffenen Entscheidung zugunsten der H-Trasse abzusehen.

Für unsere Bevölkerung heißt das, zunächst mit den Regionalzügen Ulm, Wendlingen oder Stuttgart ansteuern, um dann in die Fernbahnen umzusteigen.

Die jetzt freiwerdenden Gleisbelegungen bieten jedoch für den Nah- und Regionalverkehr auch Chancen (vertaktete Durchbindung bis Ulm), wenn sie denn finanzierbar sind und zudem der Güterverkehr keinen Strich durch die Rechnung macht.

Im Entwurf des Nahverkehrsplans 2023 sind hehre Ziele formuliert und die angestrebten Ziele dargestellt.

Wer die Verkehrswende will, die ja auch einen nicht unerheblichen Beitrag zum Klimaschutz leistet, muss das Angebot im ÖPNV, vor allem im ländlichen Bereich erheblich ausbauen.

Wenn auf der Schiene der ½-Stunden-Takt realisiert wird (manche träumen ja schon von einem 15-Minuten-Takt; in Ballungsräumen von einem 10-Min-Takt), dann muss das Busangebot – für das der Landkreis zuständig ist – entsprechend angepasst werden.

Dann kann es bei keinem Stunden-Takt auf vielen unserer Linien bleiben.

Dass dies Geld – viel Geld kostet ist uns allen klar.

Allein die im neuen NVPL dargestellten 1,7 Millionen Mehrkilometer, ergeben auf der Basis der heutigen Verträge einen Mehrbetrag in Höhe von zwischen 5 und 6 Millionen Euro. Die aktuellen Verteuerungen beim Treibstoff und die Mehrkosten hinsichtlich der Notwendigkeit, abgasfreie/abgasarme Antriebe einzusetzen, sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Die Aufwendungen für On-Demand-Verkehre, die Beförderungsleistungen zu den SBBZ, die freigestellten Schülerverkehre erfordern zusätzliche Mittel.

Schließlich kommen im Grundsatz begrüßenswerte „Segnungen“ wie das BW-Jugendticket und ganz aktuell das Deutschlandticket (49 Euro-Ticket), die in der Summe Milliarden kosten und an denen die Kommunen in irgendeiner Form mitfinanzieren werden. In welcher Höhe auch immer.

Da müssen wir uns, angesichts der risikobehafteten Haushaltslage schon ganz gewissenhaft fragen:

Wollen – Sollen – Können wir uns das alles leisten????

Gerne dürfen wir an dieser Stelle auf die Initiativen der CDU-Gemeinderatsfraktion in Göppingen und die der Freien-Wähler-Regionalfraktion hinweisen, die eine Untersuchung für die Überlegung einer Seilbahnverbindung vom Göppinger Bahnhof zur Klinik am Eichert bzw. zum Bergfeld zum Inhalt haben.

Es wäre sicher hilfreich, wenn auch der Landkreis diese Initiativen ideell unterstützen würde, ganz im Sinne der sinnvollen Ergänzung des NVPI.

Beim Klimaschutz stellen wir ein erfreuliches Umdenken bei der Erzeugung regenerativer Energien vor allem bei der PV fest.

Der Haushaltsentwurf sieht landkreiseigene Maßnahmen vor.

Allerdings müssen wir schon sagen, das hätte bereits viel früher der Fall sein können / müssen.

Aber immerhin jetzt scheinen die Weichen gestellt zu sein.

Anders beim Bund. Dort scheint man nicht in der Lage zu sein, eine PV-Anlage auf der neuen Straßenmeisterei in Geislingen zu installieren, zumindest nicht im Zusammenhang mit der Baumaßnahme. Wäre ja Günstiger. Aber die behördlichen Mühlen beim Bund mahlen doch sehr langsam, selbst bei Projekten bei denen Tempo angesagt sein sollte und dringend geboten ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren.

Wir haben uns mit den erheblichen Risiken auseinander gesetzt mit denen der Haushalt 2023 behaftet ist.

Steigende ja explodierende Energiekosten. Sind die in ausreichendem Maße im Zahlenwerk eingepreist?

Beispielsweise Baukosten die offensichtlich ausufern.

Aktuelles Beispiel: K 1439 Oberböhringer Steige!!!!

Kann auch zukünftig mit ausreichenden Bundes- und Landesmitteln gerechnet werden?

Beispiel: Zuweisungen des Bundes nach dem PBefG (Regionalisierungsmittel). Ohne erhöhte Bundesmittel an die Länder sind die Ziele des gesamten ÖPNV nicht zu erreichen.

Zu befürchten ist, dass es künftig nicht mehr um den Bedarf geht, sondern dass die noch zur Verfügung stehenden Finanzmittel der Maßstab für die Zuweisungen sein werden.

Darauf werden auch wir im Landkreis reagieren müssen.

Sollte es beim Bund und beim Land hinsichtlich deren Finanzgebaren bei einem „weiter so“ bleiben, sehen wir am Himmel der öffentlichen Haushalte nicht nur dunkle, sondern schwarze Wolken heraufziehen.

Trotzdem sollte als Devise gelten: Bange machen gilt nicht.

Zuversichtlich den Blick nach vorne richten und mutig die Zukunft angehen.

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Mitarbeitenden des Landkreises, der Kliniken, der Schulen und seiner Unternehmen für alles Mitwirken, gleich in welchem Bereich.

Wir danken dem Finanzdezernat, Herrn Stolz und Herrn Haas sowie allen Beteiligten, für die Erstellung und Vorlage des Haushalts 2023.

Wir sind auf die anstehenden Beratungen in den Kreisgremien gespannt.

Meinen Kolleginnen und Kollegen der Freien Wähler Fraktion gilt mein Dank für die engagierte Mitwirkung bei der Ausarbeitung unserer Stellungnahme.

Bei Ihnen meine Damen und Herren bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, und wie immer besonders herzlich bei denjenigen, die mir zugehört haben.

Werner Stöckle

Berichtsanträge der Freien Wähler zum HHPI 2023

Antrag /1

Das Sozialdezernat berichtet nach Ablauf des ersten Quartals 2023 im Sozialausschuss über die Entwicklungen bei der Eingliederungshilfe, beschreibt die Risiken für 2023, beziffert diese konkret und stellt mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen dar.

Antrag /2

Die Landkreisverwaltung stellt dar, ob und wie der Landkreis auf mögliche Krisensituationen, bspw. bei einem längeren Stromausfall (Blackout) eingerichtet ist.

Dabei ist zum einen das gesamte Gebiet des Landkreises zu betrachten, zum anderen die kreiseigenen Einrichtungen.
